

Integration ist unsere Zukunft

Deutschland ist ein reiches Land – reich an Vielfalt und Kulturen. Dazu bekennen wir uns, das gilt es zu nutzen. Moderne Integrationspolitik erkennt die Chancen von Zuwanderung, benennt aber auch Versäumnisse und schafft Abhilfe. Integration hängt vor allem von sozialen Faktoren ab und gelingt am besten, wenn alle Menschen in unserem Land die gleichen Chancen auf Teilhabe an der Gesellschaft, auf Bildung und Arbeit haben und nutzen. Doch selbst bei gleicher Leistung sind Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in unserem Bildungssystem und am Arbeitsmarkt häufig benachteiligt. Unsere Aufgabe ist es, Chancengleichheit zu verwirklichen, Diskriminierung entgegenzuwirken und das gesellschaftliche Zusammenleben zu stärken.

Unsere Ziele

- Wir wollen den Kitaausbau vorantreiben und die Qualität der Betreuung verbessern. Sprachförderung für alle muss fester Bestandteil in Vor- und Grundschule sein. Mehr Ganztagschulen müssen auch Mehrsprachigkeit fördern.
- Wir wollen, dass alle Jugendlichen einen Schulabschluss schaffen und einen guten Einstieg in Ausbildung und Arbeit finden. Deshalb werden wir sie beim Übergang von der Schule in den Beruf besser unterstützen, aber auch fordern. Alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen brauchen eine Berufsausbildungsgarantie.
- Wir wollen das Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht modernisieren. Bei Einbürgerungen ist die doppelte Staatsangehörigkeit generell zu akzeptieren. Die Optionspflicht ist abzuschaffen.

- Integration findet meist vor Ort, in der Nachbarschaft, statt. In Stadtteilen, die eine Abwärtsspirale erleben, fällt dies schwerer als in gut entwickelten. Dafür wollen wir die sozial-integrative Stadtentwicklung wieder stärken.

Das wollen wir tun

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Über Jahrzehnte wurde dies vor allem von Konservativen ignoriert und damit die Integrationsarbeit behindert. Heute sind wir ein gutes Stück weiter. Das jährlich vom Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration veröffentlichte Integrationsbarometer zeigt, dass sich in unserer Gesellschaft ein pragmatisch-positives Integrationsklima verfestigt. Das Thema ist präsenter und wird immer mehr als wichtige Aufgabe anerkannt.

Wir sind überzeugt: Integration gelingt dort besser, wo es gute Chancen auf Teilhabe an der Gesellschaft, auf Bildung und Arbeit gibt. Dafür gibt es viele ermutigende Ankunfts- und Aufstiegs geschichten. Wir sollten aus diesen Geschichten lernen. Unser Bildungssystem muss ungleiche Startbedingungen der Kinder und Jugendlichen ausgleichen. Unterschiede zwischen den Kulturen sollten weder geleugnet noch dramatisiert, sie müssen vielmehr nüchtern angesprochen und wo nötig dem Zusammenleben angepasst werden. Keinesfalls dürfen Differenzen als Ausrede für jedes Problem in unserer Gesellschaft herhalten. Der „Migrationshintergrund“ – ein Etikett, das pauschal eine äußerst heterogene Gruppe von Menschen zu erfassen versucht – ist keine Diagnose. Mehr als fünf Millionen deutsche Staatsbürger sind Teil dieser Gruppe. Unabhängig von der Herkunft schärfen wir den Blick für Sprachkompetenzen, Schulabschlüsse und den Übergang in den Arbeitsmarkt.

Bildung von Anfang an: Schlüssel zum Erfolg

Kinder aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte sind häufig betroffen von der engen Verbindung zwischen sozialer Herkunft und dem Bildungserfolg. Denn ihre Eltern oder Großeltern sind oftmals nach Deutschland gekommen, weil sie in ihrer Heimat keine berufliche Perspektive hatten. Die



Eltern kommen oft aus bildungsfernen Schichten, haben selbst mit Sprachhürden zu kämpfen und kennen das deutsche Schulsystem ihrer Kinder kaum. Es ist daher wenig überraschend, dass gerade Kinder aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte häufiger ohne Abschluss bleiben oder seltener die Schule mit dem Abitur beenden. Studien zeigen aber auch, dass bei gleichen Noten ein Kind aus einer Einwandererfamilie seltener eine Empfehlung für eine weiterführende Schule erhält.

Angebote der frühkindlichen Bildung können die Bildungschancen von Kindern verbessern und unterschiedliche Ausgangsbedingungen frühzeitig ausgleichen. In Krippe und Kita profitieren Kinder von ersten Bildungsangeboten und erweitern ihre sprachlichen Kompetenzen. Das integrationsfeindliche Betreuungsgeld wollen wir abschaffen und mit dem Geld den Kitaausbau vorantreiben und die Qualität der Kitas verbessern.

Sprachförderung muss ein fester Bestandteil aller Kitas sein und sich an alle Kinder wenden. Die Herausforderungen für Erzieherinnen und Erzieher sind in kulturell sehr gemischten Gruppen hoch, vor allem, wenn soziale Nöte hinzukommen. Daher müssen interkulturelle Kompetenzen in der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern eine größere Rolle spielen. Außerdem müssen Erzieherinnen und Erzieher angemessen vergütet werden.

Um die Eltern besser einzubeziehen und ihnen Hilfestellung in Erziehungsfragen zu geben, wollen wir Kindertageseinrichtungen zu Familien- bzw. Eltern-Kind-Zentren erweitern. Dort kann Kinderbetreuung mit niedrigschwelligen Förder-, Bildungs- und Beratungsangeboten verbunden werden.

Wir wollen, dass gute Ganztagschulen die Potenziale von Kindern, die zweisprachig aufwachsen, fördern. Ein hochwertiger muttersprachlicher Unterricht, bei dem Schülerinnen und Schüler auch Sprachzertifikate erwerben können, zeigt jungen Menschen eine Wertschätzung für ihre Zweisprachigkeit und verbessert ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Ausbildung und Arbeit: direkter Weg zur Teilhabe

Die Benachteiligung in der Schule setzt sich häufig auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt fort. In einer aktuellen Studie stellt das Institut zur Zukunft der Arbeit fest, dass Bewerberinnen und Bewerber mit türkischen Namen insgesamt 14 Prozent weniger positive Antworten erhalten – trotz gleicher Qualifikation. Überdurchschnittlich viele junge Menschen aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte finden sich auch deshalb nach der Schulzeit in den Fördermaßnahmen des so genannten Übergangssystems wieder, mit einer geringen Chance auf eine anschließende Ausbildung oder Anstellung.

Um den Übergang von der Schule ins Arbeitsleben einfacher zu gestalten, soll Berufsvorbereitung ein fester Bestandteil der Lehrpläne werden – und dies so früh wie möglich. Schulen sollen berufsvorbereitende Inhalte bereits ab der siebten Klasse lehren, damit Schülerinnen und Schülern rechtzeitig berufliche Perspektiven eröffnet werden und sie das gesamte Spektrum an Ausbildungsgängen kennenlernen. Junge Erwachsene, die ohne einen Abschluss die Schule verlassen, sollen einen Schulabschluss mit finanzieller Unterstützung berufsbegleitend nachholen können.

Damit junge Menschen nach der Schule nicht im Übergangssystem verloren gehen, benötigen sie eine Berufsausbildungsgarantie. Für mehr Chancengleichheit muss auch die vorhandene Diskriminierung auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ein Ende haben. Wer auf der Suche nach

einer Stelle ist, darf erwarten, dass nur seine Qualifikationen und nicht seine Herkunft, sein Geschlecht oder sein Alter im Bewerbungsprozess entscheidend sind. Anonymisierte Bewerbungen sind eine Möglichkeit, dies zu erreichen.

Arbeit ist ein wesentlicher Faktor für Integration. Aus ihr speisen sich Anerkennung, gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben. Für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wollen wir analog zum erfolgreichen Programm „Perspektive 50plus“ ein Arbeitsmarktprogramm „MigraPlus“ auflegen, um bessere Qualifizierungs- und Fördermaßnahmen zu entwickeln.

Die schwierige Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen führt in vielen Fällen dazu, dass Menschen unter ihrer Qualifikation arbeiten müssen. Der 2012 in Kraft getretene Rechtsanspruch für ein Anerkennungsverfahren für



ausländische Bildungsabschlüsse ist ein notwendiger, aber nicht ausreichender Schritt. Es darf nicht sein, dass Menschen einen Rechtsanspruch auf ein Anerkennungsverfahren haben, danach aber mit dem Ergebnis der Überprüfung alleine gelassen werden. Es muss einen Rechtsanspruch auf Beratung geben. Damit die Kosten für Anpassungslehrgänge oder die Prüfungskosten nicht zur unzumutbaren Hürde werden, wollen wir die Maßnahmen finanziell fördern.

Die Verbesserung des Anerkennungsverfahrens wird dazu beitragen, dass Deutschland für qualifizierte Fachkräfte attraktiver wird. Dabei muss auch das Aufenthaltsrecht helfen: So möchten wir unter anderem ausländischen Studierenden, die in Deutschland einen Hochschulabschluss erwerben, ermöglichen, ohne Einschränkungen in Deutschland zu arbeiten. Eine zielgerichtete Zuwanderung kann zum Erhalt bzw. Ausbau von Arbeitsplätzen beitragen. Leider fehlt es Deutschland noch immer an einer Willkommenskultur und an notwendigen Strukturen, die unser Land für Fachkräfte aus dem Ausland attraktiv machen.

Ein modernes Staatsangehörigkeits- und Aufenthaltsrecht

Die Bemühung um ausländische Fachkräfte darf nicht dazu führen, dass wir die Probleme von anderen Zuwanderergruppen wie z.B. Flüchtlingen und Geduldeten vergessen. 2011 lebten, trotz mehrerer Altfallregelungen, noch rund 87.000 Ausländerinnen und Ausländer geduldet in Deutschland, davon etwa 51.000 länger als sechs Jahre. Ihr Leben ist durch ständige Unsicherheit und oft Existenzangst geprägt. Durch die Praxis, Duldungen immer wieder zu verlängern (Kettenduldung), haben diese Menschen lange Zeit keine wirkliche Zukunftsperspektive. Die Teilnahme an Integrationskursen wird ihnen nicht gestattet, das Aufnehmen einer Arbeit erschwert. Beides verhindert die Integration und die dauerhafte Verwurzelung in Deutschland. Die bisherigen Altfallregelungen bei Duldungen sind an bestimmte Stichtage gebunden. Wer zu diesem Termin über einen bestimmten Zeitraum geduldet in Deutschland lebt, hat eine Chance auf eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis – falls es der Person gelingt, ihren Lebensunterhalt eigenständig zu bestreiten. Wir setzen uns für eine stichtagunabhängige Regelung ein, um auch auf künftige Fälle reagieren zu können und Kettenduldungen langfristig zu vermeiden. Menschen, die seit acht Jahren geduldet sind, werden wir eine Aufenthaltserlaubnis erteilen. Eltern von minderjährigen Kindern sollen schon nach sechs Jahren einen gesicherten Aufenthaltsstatus erhalten. Minderjährige nach vier Jahren. Bedingungen für den dauerhaften Aufenthalt sind einfache mündliche Deutschkenntnisse und das ernsthafte Bemühen um eine Arbeitsstelle.

Die Ausländerbehörden wollen wir zu modernen Integrationsbehörden umgestalten. In ihnen müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Migrantinnen und Migranten aktiv über ihre Rechte und Möglichkeiten informieren und Ermessensspielräume zu Gunsten gut integrierter Zuwanderinnen und Zuwanderer häufiger nutzen. Die Behörden – und damit letztlich der deutsche Staat – sollen Menschen, die nach Deutschland einwandern dürfen, nicht misstrauisch, sondern offen und hilfsbereit begegnen.

Ebenfalls integrationshemmend ist das so genannte Optionsmodell im Staatsangehörigkeitsrecht. Wer als Kind ausländischer Eltern in Deutschland nach dem Jahr 2000 geboren wurde, ist – unter bestimmten Voraussetzungen – Deutscher. Daneben können diese Kinder die Staatsangehörigkeit der Eltern behalten. Zwischen dem 18. und dem 23. Lebensjahr aber müssen sie sich für eine der Staatsbürgerschaften entscheiden. Damit stellt der Staat die Jugendlichen vor eine unnötige Wahl zwischen zwei Identitäten, die beide zu ihrem Leben dazu gehören. Wenn wir daran nichts ändern, würde bis zum Jahr 2025 die Zahl der optionspflichtigen deutschen jungen Erwachsenen laut Bundesministerium des Innern auf rund 320.000 anwachsen.



Wer sich nicht zurückmeldet, verliert automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit. Mit anderen Worten: Der Staat macht die hier geborenen Jugendlichen mit dem Erwachsenen werden wieder zu Ausländerinnen und Ausländern.

Neben der integrationspolitischen Fragwürdigkeit der Optionspflicht ist das Modell auch mit hohen Kosten für die Verwaltungen verbunden. Genauso abschreckend ist der Zwang, bei der Einbürgerung die alte Staatsangehörigkeit aufzugeben. Laut einer Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration ist es genau diese Entscheidung, die 57 Prozent der Migrantinnen und Migranten abhält, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen.

Wir fordern die generelle Akzeptanz der doppelten Staatsbürgerschaft, wie es in 19 EU-Staaten längst der Fall ist, und die Abschaffung des Optionszwangs. Damit beenden wir die Ungleichbehandlung, denn auch der deutsche Staat akzeptiert bereits jetzt in mehr als der Hälfte aller Fälle eine doppelte Staatsbürgerschaft. Die Betroffenen könnten ohne die symbolträchtige und belastende Aufgabe ihrer alten Staatsangehörigkeit als Deutsche ihre Rechte und Pflichten wahrnehmen. Nicht zu unterschätzen ist hier die integrative Wirkung von Wahlen.

Wiederbelebung der Sozialen Stadt

Im Mittelpunkt der Zuwanderungsbewegungen nach Deutschland stehen die Städte. Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich zeichnet sich hier besonders ab. In einzelnen Stadtteilen wohnen überproportional viele Menschen mit niedrigem Einkommen, niedrigen oder keinen Schulabschlüssen und geringen Erwerbchancen. Stadtteile, die „abgehängt“ zu werden drohen, sind auf Unterstützung angewiesen. Das von der rot-grünen Bundesregierung eingeführte Programm „Soziale Stadt“ hat mit einer Mischung aus baulicher Substanzverbesserung und sozial-integrativen Maßnahmen viel bewegt. Mit seinem beteiligungsorientierten und ressortübergreifenden Ansatz gilt das Programm als vorbildhaft im Bereich der Stadtentwicklung.

Die schwarz-gelbe Koalition hat in den letzten Jahren die Städtebauförderung und insbesondere das Programm „Soziale Stadt“ massiv gekürzt. Für das Programm standen 2011 nur noch 28,5 Millionen Euro Bundesmittel zur Verfügung – 2009 waren es noch 105 Millionen Euro. Auch 2013 stellt Schwarz-Gelb nur 40 Millionen Euro bereit. Genauso verheerend ist es, dass die Bundesregierung die 2006 eingeführten sozial-integrativen Modellvorhaben in Gebieten der „Sozialen



Stadt“ zum Erwerb der deutschen Sprache, Verbesserung von Bildungsabschlüssen, Betreuung von Jugendlichen sowie im Bereich der lokalen Ökonomie komplett gestrichen hat.

Die Bemühungen der Länder und Kommunen, diese Kürzungen zu kompensieren und ihre integrative Arbeit fortzusetzen, sind beachtenswert. Gerade das häufig ehrenamtliche Engagement in Migrantenorganisationen und lokalen Initiativen muss anerkannt und unterstützt werden. Auf Dauer bedeutet der Kahlschlag in der Städtebauförderung eine fatale Entwicklung für unsere Städte und für die Menschen, die dort zusammenleben.

Wir werden die soziale Stadtentwicklung stärken, die Kürzungen bei der Städtebauförderung zurücknehmen und die Bundesmittel auf mindestens 700 Millionen Euro erhöhen. Der ressortübergreifende Ansatz des Programms „Soziale Stadt“ soll verbindlicher werden, um städtebaulich-investive mit sozial-integrativen Projekten örtlich zu bündeln.

.....

Deutschland 2020 – So wollen wir leben

Deutschland 2020 ist ein Land, in dem es für den Alltag der Menschen und in der politischen wie medialen Debatte keine Rolle mehr spielt, ob jemand einen „Migrationshintergrund“ hat oder nicht. Unterschiede in Herkunft oder Religionszugehörigkeit bestehen selbstverständlich nach wie vor, sind aber kein Grund für stigmatisierende Kategorisierung, Benachteiligung oder Diskriminierung. Entscheidend ist, dass alle als Teil unserer Gesellschaft akzeptiert sind.

Der Begriff „Integration“ relativiert sich und beschränkt sich nicht mehr auf Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, sondern wird mit gesellschaftlicher Teilhabe gleichgesetzt, die alle anstreben – sei es in der Schule, auf dem Arbeitsmarkt oder im alltäglichen Miteinander. Der Kita-Besuch ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden, egal ob beide Elternteile arbeiten oder nicht. Da es genug Kitas gibt, gehören lange Wartelisten und das Bangen um einen Platz der Vergangenheit an. Sprachförderung in der Kita und der Schule zeigen ihre Wirkung: Der Anteil der Jugendlichen, die ohne Abschluss die Schule verlassen, ist drastisch gesunken. Die Schulstatistiken zeigen, dass das Erreichen eines Schulabschlusses und höherer Abschlüsse nicht mehr von der Herkunft eines Kindes abhängen.

In der Kita und der Ganztagschule werden die unterschiedlichen Hintergründe der Kinder und Jugendlichen nicht als Hindernis, sondern als Chance begriffen. Dies zeigt sich beim muttersprachlichen Unterricht, durch den Kinder zum Beispiel ihre Muttersprache Türkisch, Arabisch oder Russisch auf ein so hohes Niveau entwickeln können, dass es ihnen auf ihrem schulischen und beruflichen Weg weiterhilft. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind sich des Problems der Diskriminierung bewusst und legen Wert auf einen fairen Bewerbungsprozess, bei dem nur die Qualifikation der Bewerberinnen und Bewerber zählt.

Nicht nur die schulische Ausbildungsqualität und die Perspektive der hier lebenden Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt haben sich verbessert – Deutschland ist auch für internationale Fachkräfte attraktiver geworden. Ein gesellschaftliches

Klima der Akzeptanz, liberalere Regelungen und ansprechende Beratungsangebote machen unser Land zu einem attraktiven Ziel für qualifizierte Zuwanderinnen und Zuwanderer.

Im Jahr 2020 wird der sozialen Spaltung in deutschen Städten entschieden begegnet. Kein Stadtteil wird zurückgelassen. Langfristige Programme wie die „Soziale Stadt“ ermöglichen eine kommunale Stadtentwicklung, die der sozio-ökonomischen Polarisierung zwischen den Stadtteilen entgegenwirkt und die Lebensverhältnisse der Menschen vor Ort Schritt für Schritt verbessert. In partizipativen Netzwerken sind die Bewohnerinnen und Bewohner als „Expertinnen und Experten vor Ort“ in Entscheidungen eingebunden, so dass ihr Wohnumfeld nicht nur für sie, sondern auch durch sie stetig an Qualität gewinnt.

Die doppelte Staatsbürgerschaft ist auch in unserem Land für jeden möglich und etwas Selbstverständliches. Die Identifikation mit Deutschland wird nicht infrage gestellt, nur weil junge Erwachsene noch eine andere Staatsbürgerschaft besitzen. Kinder und Jugendliche, die mit ihren Familien oder alleine aufgrund von Verfolgung in unser Land geflohen sind, erhalten die Chance, in unserer Gesellschaft Fuß zu fassen. Kettenduldungen gehören der Vergangenheit an. Die Behörden unseres Landes sind für hier lebende Ausländerinnen und Ausländer ohne dauerhaften Aufenthaltstitel kein Ort der Furcht mehr, sondern Ansprechpartner, von denen sie kompetente Beratung zu ihrer individuellen Situation erhalten. Die Kooperation der Behörden mit Migrantinnen- und Wohlfahrtsverbänden sowie ein offensives Werben für Einbürgerungen sind selbstverständlicher Teil der deutschen Zuwanderungs- und Integrationspolitik.

.....

WWW.SPDFRAKTION.DE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT TEXT | REDAKTION: AYDAN ÖZOGUZ, ZAKIA CHLIHI, NIELS STRENGE, ROBERT OSZKINAT, BETUL YILMAZ | STAND: MAI 2013 FOTOS: © KLAUS VHYNALEK (TITEL), BILDERBOX.COM (S. 3, 9) PHOTOTHEK.NET (S. 6), JOCK+SCOTT / PHOTOCASE.COM (S. 7).

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENST AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Integration heißt Teilhabe

Gleichberechtigt miteinander leben

PROJEKT ZUKUNFT

